

Service im Auftrag

von Martin Wind

Innovative Bürgerservices im interkommunalen Verbund sollen den Bürgern in Bremen und Niedersachsen bald Behördengänge erleichtern. Im Rahmen einer beispielhaften Kooperation entsteht die dazu notwendige Infrastruktur.

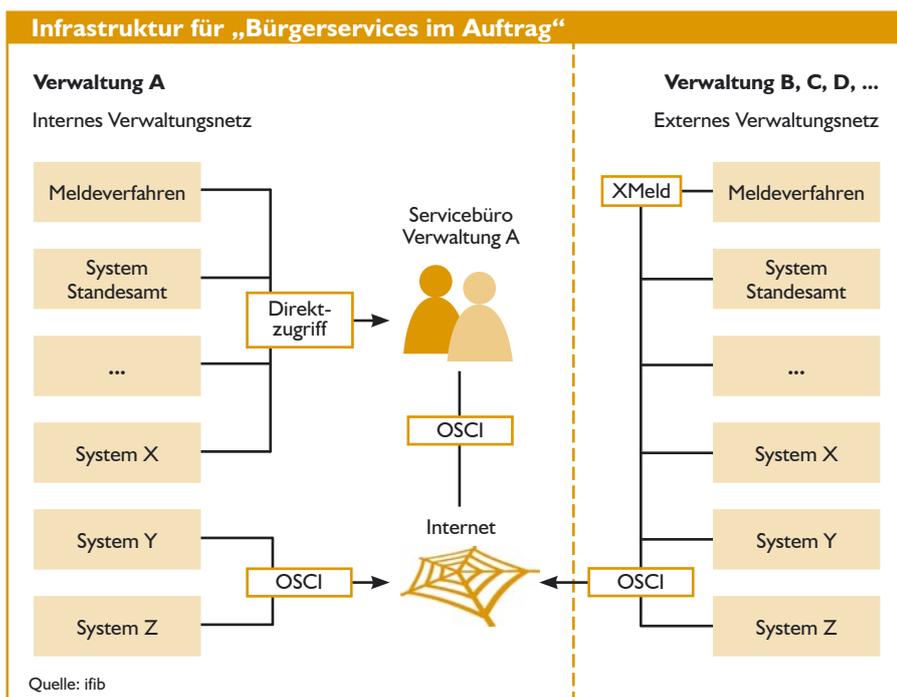
In Stuhr wird gelebt, in Bremen gestorben. Dieser flapsige Spruch von Gudrun Klintworth, erste Beigeordnete in der niedersächsischen Stadt Stuhr, hat für E-Government im Nordwesten programmatische Bedeutung. Die Freie Hansestadt Bremen nimmt für die kleinen und mittelgroßen Gemeinden im niedersächsischen Umland wichtige Funktionen als Oberzentrum wahr. Dazu zählt auch die medizinische Versorgung. Wenn nun in einem der Bremer Krankenhäuser das Leben eines Bürgers aus dem Umland seinen Anfang oder eben auch sein Ende

nimmt, wird dies zuerst durch das Standesamt in Bremen registriert. Die Heimatgemeinde erfährt von erfreulichen wie weniger erfreulichen Vorgängen erst mit einigem Zeitverzug, wenn ihr auf dem Postweg eine entsprechende Nachricht der Bremer Kollegen zugeht. Dieses Beispiel zeigt, dass auch auf regionaler Ebene, also in der Zusammenarbeit unterschiedlicher Kommunalverwaltungen, hoher Bedarf nach E-Government-Lösungen existiert, mit denen Verwaltungsarbeit einfacher, schneller und kostengünstiger gestaltet werden kann.

Dies war einer der Gründe, die im Mai 2002 am Rande der Tagung „E-Government ante portas“ zur Gründung des Regionalen Netzwerks E-Government Bremen-Niedersachsen (RegNet) geführt hat.

Das RegNet versteht sich als informelles, für neue Interessenten jederzeit offenes Ad-hoc-Netzwerk. Es umfasst gegenwärtig rund 50 Mitglieder, die regelmäßig in Plenumsitzungen zusammenkommen und dazwischen in Arbeitsgruppen die gemeinsamen Entwicklungen vorantreiben. Als erste interkommunale Anwendung wurde auf diese Weise die elektronische Datenübermittlung vom Standesamt Bremen an die Meldebehörden der angrenzenden Städte Stuhr und Delmenhorst entwickelt.

Mit Fördermitteln der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen (RAG) wird derzeit das Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Innovative Bürgerservices im interkommunalen Verbund“ umgesetzt. Das Vorhaben besteht aus zwei Teilen. Zum einen wird eine Plattform aufgebaut, über die sich interessierte Kommunen Module zur technischen Unterstützung von Prozessen der Bürgerbeteiligung zusammenstellen können.



Zum anderen wird an einer Infrastruktur gearbeitet, die es den Bürgern künftig erlaubt, unabhängig vom Wohnsitz das Servicebüro einer Verwaltung innerhalb der Region aufzusuchen und dort Vorgänge anzustoßen oder sogar komplett zu erledigen. Wer also in der einen Kommune lebt und in der anderen arbeitet, gewinnt erheblich an zeitlicher Flexibilität, um Verwaltungsangelegenheiten zu erledigen.

Dieser zweite, intern auch kurz als „Bürgerservices im Auftrag“ bezeichnete Projektteil, ist inhaltlich mit Initiativen anderer Regionen vergleichbar, an diese auch anschlussfähig, verfolgt aber einen eigenständigen Ansatz:

- Als Netz-Infrastruktur wird das Internet genutzt, es soll also kein geschlossenes Verwaltungsnetz aufgebaut werden.
- Der Konformität zu Standards wird höchste Priorität beigemessen, Interoperabilität also nicht durch proprietäre Lösungen herbeigeführt.
- Es soll nicht alles neu entwickelt, sondern auf bereits existierende Komponenten zurückgegriffen

werden. Beispielsweise ist vorgesehen, an Entwicklungen aus dem Projekt „Meldewesen online (Moin!)“ anzuknüpfen.

- Infrastruktur und neue Komponenten sind multifunktional zu gestalten und sollen die derzeit absehbaren Weiterentwicklungen im deutschen E-Government einplanen.

In den letzten Monaten hat sich das Projekt so entwickelt, dass die ursprünglich für Bürgerservices konzipierte technische Architektur ebenso für beliebige Formen der Government-to-Government-Kommunikation nutzbar ist. Die am Projekt beteiligten RegNet-Mitglieder sind auf diese Weise schon in Kürze gut auf den elektronischen Datenaustausch im Meldewesen vorbereitet. Auch die Integration des derzeit im Aufbau befindlichen Deutschen Verwaltungsdienstverzeichnisses (DVDV) ist fest vorgesehen.

Mit dieser Ausrichtung wird der Anspruch verfolgt, sowohl die Anwendungsfelder als auch den Kreis der einbezogenen Verwaltungen schnell und unkompliziert erwei-

Link-Tipp

Das Regionale Netzwerk E-Government Bremen-Niedersachsen im Internet:

- www.regnetegov.de

Mehr Link-Tipps finden Sie unter www.kommune21.de.

tern zu können. Dazu passt, dass an den Entwicklungsarbeiten auch die Stadt Oldenburg beteiligt ist, die sich im Rahmen des Bundesprojekts MEDIA@Komm-Transfer im Bereich Meldewesen engagiert.

Die zurückliegende Zusammenarbeit im Regionalen Netzwerk E-Government Bremen-Niedersachsen war geprägt von einem pragmatischen, gleichzeitig aber ambitionierten Vorgehen. Von den bisher erreichten Zielen wird im Frühjahr auf der jährlich stattfindenden E-Government-Zusammenkunft in Bremen näher zu berichten sein. Auch Dank des RegNet heißt es dann nicht mehr „E-Government ante portas“, sondern „E-Government in medias res“.

Dr. Martin Wind ist Mitglied der Institutsleitung im Institut für Informationsmanagement Bremen (ifib).